



Rahmenvertrag mit der EU

Würden Sie einen Blankocheck unterschreiben?

von Reinhard Koradi

Auf diese Frage werden die meisten von uns mit Empörung reagieren. Doch in der Politik scheint es Usanz zu sein, Verträge nur vage mit vielen Schlupflöchern und Unklarheiten abzuschliessen. Selbst bei der Interessenwahrung nimmt man es nicht so genau. Das Endergebnis von Verhandlungen drückt wohl eher die Machtverhältnisse der Verhandlungsparteien aus, als eine ausgewogene Übereinkunft von gleichwertigen Vertragspartnern. Dieses Eindrucks kann man sich jedenfalls nicht erwehren, wenn man sich in das Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz vertieft. Zusätzlich verschärft wird diese Wahrnehmung noch durch den Zeitdruck und die den Entscheidungsprozess begleitenden Erpressungsversuche seitens der EU.

Warum der Rahmenvertrag einem Blankocheck ähnlich ist

Es sind fünf Punkte, die uns Bürgerinnen und Bürger einer (noch) souveränen Schweiz widerspenstig machen müssen. Einerseits geht es um die dynamische Übernahme von EU-Recht und das damit zusammenhängende Streitschlichtungsverfahren durch ein sogenanntes Schiedsgericht, andererseits um die Androhung von «angemessenen Massnahmen», wenn wir uns dem EU-Diktat nicht beugen und die vielen offenen Punkte wie die Unionsbürgerschaft und die vorprogrammierte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten (flankierende Massnahmen und staatliche Beihilfen). Letztlich hängt dann noch die Guillotinenklausel über dem gesamten Vertragswerk, was nichts anderes bedeutet, als die Umsetzung der Drohung «Vogel friss oder stirb». Die zahlreichen Lücken in diesem «institutionellen Abkommen» laden die EU gerade-

zu ein, der Schweiz gemäss dem längst angewandten Muster (Verweigerung und Erpressung) EU-Standards aufzuzwingen.

Vergessen wir nicht, mit wem wir es zu tun haben. Seit dem Vertrag von Lissabon ist die Europäische Union auf dem direkten Weg zur politischen Union mit äusserst undemokratischen und zentralistischen Zügen. Wer sich heute mit der EU in ein Boot setzt, wird daher mehrheitlich ihren politischen Weichenstellungen unterworfen sein. Den Abschluss eines Rahmenabkommens mit wirtschaftlichen Argumenten zu begründen (Marktzugang und Sicherung des Wohlstandes) ist wirklichkeitsfremd. Was heute beim institutionellen Abkommen zählt, ist nicht der Marktzugang, denn wir haben bereits seit 1972 ein Freihandelsabkommen mit der EU, sondern die politische Willenskundgebung, dass wir unsere Souveränität mit allen Mitteln verteidigen werden.

Dynamische Übernahme von EU-Recht

Allein die Wortklauberei um die Übernahme von EU-Recht zeugt von einem Verwirrspiel. Anfangs war die Rede von automatischer Rechtsübernahme. Um die ganze Angelegenheit für die Schweizer Bevölkerung schmackhafter zu machen, versuchte man den staatspolitisch unerträglichen Souveränitätsverlust schönzureden. Jedoch geändert hat sich am Sachverhalt nichts. Die Schweiz muss EU-Recht zwingend übernehmen und sollte sie sich weigern, wird ein Schiedsgericht einberufen, um die Streitigkeiten zu schlichten. Selbst wenn das Schiedsgericht Entscheidungsbefugnisse hätte, drohten der Schweiz Sanktionen (angemessene Massnahmen), wenn sie die Rechtsübernahme abweist. Dem

Schiedsgericht sind die Hände gebunden, wird doch der Europäische Gerichtshof im Hintergrund amten, und dessen Urteile werden sich immer am EU-Recht orientieren. Das Schiedsgericht, sagte Carl Baudenbacher, sei ein Feigenblatt. Es sei kein Entgegenkommen der EU und sei nicht massgeschneidert. Es werde eine einseitige Abhängigkeit vom EU-Gerichtshof geschaffen.¹

Mit der zwingenden Übernahme von EU-Recht sieht sich die Schweiz mit erheblichen staatspo-

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

«Vorschläge für Mediation und Frieden im Zusammenhang mit der venezolanischen Krise unterbreiten»

Offener Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres und an die Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet von Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas

3

Ist die Welt bereit, der Gefahr eines Atomkriegs zu trotzen? Nein. Dann lasst uns die Bombe verbieten!

Pressemittteilung des IKRK

3

«Die Schweiz ist ein sehr willkommener, kompetenter technischer und diplomatischer Ratgeber»

Jahrespressekonferenz der Deza

von Thomas Kaiser

6

Blue Peace-Initiative für grenzüberschreitende Wasserzusammenarbeit

Interview mit Professor Dr. Danilo Türk

7

«Flüchtlinge mit sauberem Wasser versorgen»

Interview mit Mohamad Fakhreddine

9

Gedanken zum neuen Buch von John Hattie und Klaus Zierer

von Judith Schlenker

10

Die staatliche Souveränität höher gewichten als das Rahmenabkommen

von Thomas Kaiser

12